



E-Control

Lerchenfelder Straße 4,  
1080 Wien  
Telefon +43 1 4000 89919  
Fax +43 1 4000 99 89910  
post@ma64.wien.gv.at  
wien.gv.at/ma64

**MA 64 – 822848/2023**

E-Control;  
Standardisierte-Kurzberichte-  
Verordnung (EEff-SKV);  
BegutachtungsentwurfErsuchen um Stellungnahme

Wien, am 18.07.2023

**Termin: 21.07.2023**

**Vorher zur Einsicht:**

Frau Vizebürgermeisterin und  
amtsführende Stadträtin für  
Wohnen, Wohnbau, Stadterneue-  
rung und Frauen:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Zu dem in Begutachtung befindlichen oa. Verordnungsentwurf wird seitens des Landes Wien fol-  
gende Stellungnahme erstattet:

Aus rechtstechnischer Sicht wird vorweg folgendes angemerkt:

1. Die letzte Bestimmung der Verordnung ist mit In- und Außerkrafttreten übertitelt. Ein Außerkrafttreten der gegenständlichen Verordnung oder einer bisher in Geltung stehenden Verordnung wird aber nicht verfügt.
2. Es ist zwar das verordnungserlassende Organ aus dem Titel ersichtlich, der Entwurf enthält jedoch keine explizite Fertigungsklausel. Daraus könnte das Problem entstehen, dass letztlich aus der kundgemachten Fassung nicht ersichtlich ist, welches Organ die Verordnung genehmigt hat. In der Unterfertigungsklausel sollten die Organbezeichnungen und die Namen der jeweiligen Organwalter\*innen ersichtlich sein.
3. Ferner wird angemerkt, dass die erste Seite des Textes fast zur Gänze eine Leerseite ist.
4. Schließlich wäre anzumerken, dass der Entwurf insofern nicht den legislatischen Richtlinien des Bundes entspricht, als die Materialien mit „Vorblatt – Erläuterungen“ titulierte sind und eine wirkungsorientierte Folgenabschätzung fehlt. Die wirkungsorientierte Folgenabschätzung wäre in diesem Fall aber wesentlich, da dadurch erst klar würde, ob die Datenerhebung ihren Zweck erreicht. Dass die Verordnung völlig kostenneutral sein soll, erscheint nicht nachvollziehbar, da mit der Standardisierung (siehe die Überschrift zu §43 Bundes-Energieeffizienzgesetz: „Standardi-

siertes Berichtswesen“) und der elektronischen Erhebung der Daten zumindest mittel- und langfristig Einsparungen zu erwarten sind. Die Auswirkungen auf die Unternehmen wären ebenfalls darzustellen. Hier wäre von Interesse, ob diese durch die Verordnung zusätzlich belastet werden.

Aus inhaltlicher Sicht ist zum Entwurf folgendes zu bemerken:

1. zu § 5 - Abwärmepotenziale: Es fehlt eine eindeutige Definition von technischen Anlagen, die von der verpflichtenden Angabe des Abwärmepotenzials betroffen sind. Aus Gründen der Rechtssicherheit müsste jedoch klar geregelt sein, ab welcher Anlagengröße das Abwärmepotential zu erheben und zu berichten ist. Gem. § 5 Abs. 1 Z 1 EAG, auf den in Verordnungstext verwiesen wird, enthält lediglich eine allgemeine Definition der Abwärme. Darunter fallen sämtliche Industrieanlagen und Stromerzeugungsanlagen, welche Abwärme als Nebenprodukt erzeugen. Das EEffG, das hinsichtlich der Begriffsbestimmungen gilt, sieht ebenfalls keine Einschränkung vor.
2. zu § 6 - Hauptenergieverbrauchende Faktoren: Es fehlt eine Definition von „hauptenergieverbrauchenden“ Faktoren. Ab welchem %-Anteil an den Energieverbrauchsbereichen ein Verbrauch als Hauptenergieverbrauch zählt, ist nicht genau geregelt. Damit fehlt eine Abgrenzung zu dem nicht zu erfassenden „Nebenenergieverbrauch“. Weder in der Verordnung noch im – hinsichtlich der Begriffsbestimmungen – relevanten EEffG ist eine Begriffsbestimmung zu finden.

Referent:  
Mag. Klaus Oblasser  
☎ 4000-89950

Mit freundlichen Grüßen  
Die Abteilungsleiterin:  
Mag.<sup>a</sup> Christina Pass-Dolezal

nachrichtlich:

1. MD - OS - Gruppe Strategische Versorgungssicherheit
2. MD – BD
3. MD-R
4. Magistratsabteilung 5
5. Magistratsabteilung 20
6. Wiener Stadtwerke GmbH
7. Wien Energie GmbH
8. Wiener Netze GmbH